

ENDGÜELTIGE FASSUNG

EUROPÄISCHER RAT

Den Haag, den 26./27. Juni 1986

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES

Soziale und wirtschaftliche Lage

Allgemeines

Der Europäische Rat prüfte die wirtschaftliche und soziale Lage in der Europäischen Gemeinschaft und gelangte zu der Auffassung, dass das gegenwärtige Niveau der Wirtschaftstätigkeit und der Investitionen trotz der erheblichen Fortschritte bei der Schaffung gesünderer struktureller Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum allein keine weitere substantielle Verringerung der Arbeitslosigkeit ermöglichen dürfte. Er bekräftigte deshalb die Notwendigkeit der Fortführung makro- und mikroökonomischer Politiken zur Strukturverbesserung und zusätzlicher Anstrengungen zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten. Der Rat vertrat den Standpunkt, dass nicht nur die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch die Gemeinschaft als Ganzes für das Wirtschaftswachstum verantwortlich ist.

Der Europäische Rat stimmte darin überein, dass die durch das niedrigere Oelpreisniveau gebotenen Chancen soweit irgend möglich in zusätzliches Wirtschaftswachstum umgesetzt werden sollten. Er ersuchte den Rat (ECO/FIN), die Fortschritte im Rahmen der Ende 1985 vereinbarten kooperativen Wachstumsstrategie zu verfolgen. Der Rat stimmte ferner darin überein, dass auf Gemeinschaftsebene Massnahmen ergriffen werden sollten, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihre Fähigkeit zur Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen - u.a. durch Prüfung der Möglichkeiten für eine Verbesserung des Zugangs zu innovativen Formen des Risikokapitals und die Unterstützung der Bemühungen der Europäischen Investitionsbank -, zu maximieren, und begrüßte die sowohl auf Gemeinschafts- als auch auf nationaler Ebene ergriffenen Massnahmen zur Beschränkung der Bürokratisierung durch Rechtsvorschriften. Der Europäische Rat forderte ferner eine mit den Sozialpartnern zu erörternde gemeinsame Strategie zur Förderung des Unternehmertums, flexibler Beschäftigungsmöglichkeiten und der Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Der Europäische Rat stimmte darin überein, dass Fortbildung und Umschulung zu einer Notwendigkeit geworden sind. Er betonte ferner, dass die Dienstleistungsindustrie sowie die kleinen und mittleren Unternehmen die Hauptquellen für das Beschäftigungswachstum darstellen. In diesem Zusammenhang begrüßte der Europäische Rat die Absicht der Kommission, demnächst konkrete Vorschläge, insbesondere zur Vereinfachung der Steuervorschriften für kleinere und mittlere Unternehmen zu unterbreiten.

Der Europäische Rat ersuchte die Kommission, im Rahmen der Untersuchungen über die Ursachen, die Beschaffenheit und das Ausmass der Arbeitslosigkeit eine eingehende Analyse der Phänomene Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit vorzunehmen, um zu intensiven und koordinierten Massnahmen zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik zu gelangen.

Der Europäische Rat ersuchte die Kommission, die Arbeitslosigkeit und die Adäquatheit der entsprechenden Statistiken in der Gemeinschaft eingehend zu analysieren, um eine solide Grundlage für ein konzentriertes und koordiniertes Vorgehen der Gemeinschaft zu schaffen.

Langzeitarbeitslosigkeit

Zur Unterstützung einer konvergenten europäischen Politik mit dem Ziel der Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt begrüßte der Europäische Rat die Vorschläge der Kommission über einen Informationsaustausch über positive Erfahrungen mit nationalen Pilotvorhaben im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und mit Koordinierungsmassnahmen im Rahmen der Strukturfonds in Regionen mit einem Bedarf an industrieller Umstrukturierung. In diesem Zusammenhang wurde auch die Möglichkeit der Uebernahme dreiseitiger Verpflichtungen der Regierungen und der Sozialpartner zur Förderung der Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen befürwortet. Ähnliche Anstrengungen sollten zur Unterbringung von Schulabgängern auf dem Arbeitsmarkt unternommen werden.

Technologische Zusammenarbeit

Der Europäische Rat betonte, dass die technologische Zusammenarbeit und die Innovation auf Gemeinschaftsebene und in einem grösseren europäischen Rahmen einen unverzichtbaren Beitrag zur Fähigkeit der europäischen Industrie leisten wird, in einer Welt mit einem gnadenlosen Wettbewerb zu bestehen. Entsprechende Bemühungen sollten streng

.../...

ausgerichtet sein auf die Vollendung des Binnenmarktes, die Anwendung einheitlicher Normen, die Liberalisierung öffentlicher Aufträge, die Durchführung spezifischer F&E-Programme auch unter Berücksichtigung der Interessen der KMB, und die Notwendigkeit der Konsultation der Sozialpartner, die in diesem Bereich ihre eigene Verantwortung haben. Der Europäische Rat ersuchte die Kommission und den Ministerrat (Industrie/Forschung), ihre Beratungen über das nächste Mehrjahresprogramm für die technologische Zusammenarbeit in den nächsten Monaten abzuschliessen und dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Bemühungen unablässig fortgesetzt werden.

Kapitalmarkt

Die Aussichten für ein stetiges Wachstum werden auch durch die Schaffung eines wirklich freien Kapitalmarkts verbessert. Der Europäische Rat begrüßte die von der Kommission unlängst vorgelegten Vorschläge für die völlige Liberalisierung der Kapitalmärkte und forderte den Ministerrat auf, diese Vorschläge vorrangig zu behandeln.

BINNENMARKT

Allgemeines

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, Fortschritte auf dem Weg zu der für 1992 geplanten Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen gemäss der Einheitlichen Europäischen Akte zu erzielen, hat der Europäische Rat die Mitgliedstaaten aufgefordert, alles daranzusetzen, dass die Einheitliche Europäische Akte - soweit noch nicht geschehen - rechtzeitig ratifiziert wird und ab 1. Januar 1987 in vollem Umfang angewandt werden kann.

Der Europäische Rat hat die derzeitige Lage hinsichtlich der Vollendung des Binnenmarktes erörtert und ist zu dem Schluss gelangt, dass das Beschlussverfahren im ersten Halbjahr 1986 zwar beschleunigt wurde, aber noch wesentlich verbessert werden muss, wenn die für das laufende Jahr gesetzten Ziele erreicht und das Endziel verwirklicht werden sollen.

Der Europäische Rat ist der Ansicht, dass die Verstärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gemäss der Einheitlichen Europäischen Akte unerlässlich ist, um die potentiellen Ungleichgewichte zu korrigieren und die harmonische Entwicklung der Gemeinschaft insgesamt sicherzustellen. Er hat zur Kenntnis genommen, dass die Kommission beabsichtigt, dem Rat vor Jahresende einen Bericht und Vorschläge über die Verstärkung der Strukturpolitik und die Verbesserung der Arbeitsweise der Strukturfonds im Einklang mit der Einheitlichen Europäischen Akte vorzulegen.

Arbeitsmethode

Der Europäische Rat hat festgestellt, dass die gemeinsamen Anstrengungen der aufeinanderfolgenden Präsidentschaften zu günstigen Ergebnissen geführt haben, und hat den Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass auch künftig derartige "gleitende Programme des Vorsitzes" angewandt werden. Die Mitglieder des Europäischen Rates verpflichten sich, ihre in die Fachräte entsandten Minister anzuweisen,

- den Massnahmen, die in dem auf dem Weissbuch der Kommission beruhenden Programm des Vorsitzes vorgesehen sind, weiterhin hohe Priorität einzuräumen;
- darauf zu achten, dass technische Widerstände gegen die Harmonisierung der Rechtsvorschriften den Fortschritt nicht behindern;
- eine sachdienliche Koordinierung der Tagungen des Rates in seinen verschiedenen Zusammensetzungen sicherzustellen;
- erforderlichenfalls Sondertagungen des Rates einzuberufen, die ganz oder hauptsächlich dem Binnenmarkt gewidmet sind.

Der Präsident der EG-Kommission erklärte, dass sich die Kommission bemühen werde, die Vorlage ihrer Vorschläge zu beschleunigen, die laufenden Tätigkeiten zu evaluieren und eng mit den turnusmässigen Präsidentschaften zusammenzuarbeiten.

Gebiete von besonderem Interesse

Nach Ansicht des Europäischen Rates sollte der Ministerrat (Verkehr) noch weitergehende Anstrengungen unternehmen, um die unlängst aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Liberalisierung und Harmonisierung des Land-, See- und Luftverkehrs unter Berücksichtigung der einschlägigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu lösen. Was den Luftverkehr anbelangt, so müsste der Ministerrat unverzüglich unter Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften des Vertrags die entsprechenden Beschlüsse über die Flugtarife, die Kapazität und den Zugang zum Luftverkehrsmarkt verabschieden.

Der Europäische Rat bestätigte, dass rasch einige grundlegende Beschlüsse in Verbindung mit der Beseitigung der Steuer-
grenzen gefasst werden müssen, damit die für 1992 gesetzten Ziele
erreicht werden können und begrüßte das zu diesem Zweck von der
Kommission vorgeschlagene und vom Rat (Finanzminister) befürwortete
Arbeitsprogramm.

Der Europäische Rat vertrat die Auffassung, dass die
öffentlichen Aufträge einen wesentlichen Faktor des Binnenmarktes
darstellen und dass die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992
folglich von der Liberalisierung dieses Sektors abhängt. Die
öffentlichen Aufträge spielen ausserdem eine entscheidende Rolle
bei der Stimulierung der industriellen und technischen Leistungs-
fähigkeit der Europäischen Gemeinschaft. Der Europäische Rat war
daher der Auffassung, dass auf diesem Gebiet beschleunigt Fort-
schritte erzielt werden müssten und forderte den Rat auf, sich
umgehend mit dem Bericht und den Vorschlägen zu befassen, die
die Kommission für diesen Bereich vorgelegt hat.

Da der Europäische Rat dieser Frage grundlegende Bedeutung
beimisst, hat er beschlossen, auf seiner nächsten Tagung die
Fortschritte in allen oben erwähnten Sektoren zu prüfen.

.../...

Europa der Bürger

Der Europäische Rat hat festgestellt, dass die Durchführung des Berichts über das Europa der Bürger (ADONNINO-Bericht) gegenüber der Vorausschau deutlich in Verzug geraten ist. Der Ministerrat wurde gebeten, der Durchführung der Empfehlungen dieses Berichts verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken und dem Europäischen Rat auf seiner nächsten Tagung einen Bericht über den Stand der Arbeit vorzulegen.

Für besonders wünschenswert wurden Fortschritte auf folgenden Gebieten erachtet:

- Erleichterung des Grenzübertritts im Reiseverkehr,
- Aufenthaltsrecht,
- allgemeines System der gegenseitigen Anerkennung der Diplome.

Der Europäische Rat hat den Ministerrat ferner ersucht, in Kürze eine Einigung über die Programme herbeizuführen, durch die folgendes gefördert werden soll:

- die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen (Aktionsprogramm zur Krebsbekämpfung) und
- innergemeinschaftliche Kontakte zwischen Studenten und Universitäten (Erasmus).

Es ist darauf zu achten, dass die für derartige Programme bereitgestellten Mittel möglichst vielen Personen zugute kommen und dass der bürokratische Aufwand auf das absolute Minimum beschränkt wird.

Die Agrarpolitik im internationalen Zusammenhang

Allgemeines

Der Europäische Rat stellte mit Genugtuung fest, dass die Beschlüsse über die Agrarpreise und die flankierenden Massnahmen dieses Jahr rechtzeitig gefasst wurden und dass der Ministerrat vor kurzem angesichts der Möglichkeit handelspolitischer Massnahmen der Vereinigten Staaten gegen die Gemeinschaft einen konstruktiven Standpunkt eingenommen hat.

Der Europäische Rat begrüßte ferner den Beschluss des Ministerrates, für die bevorstehenden multilateralen Handelsverhandlungen, einschliesslich des Kapitels Landwirtschaft, entsprechend den zuvor beim GATT, bei der OECD und auf dem Gipfel von Tokio vertretenen Standpunkten ein Gesamtkonzept festzulegen. Er stellte fest, dass die Gemeinschaft somit gut darauf vorbereitet ist, die agrarpolitischen Probleme bei den demnächst beginnenden Verhandlungen auf einer ausgewogenen und gegenseitig vorteilhaften Grundlage zu behandeln.

Strukturprobleme

Angesichts der Bedeutung der gemeinsamen Agrarpolitik als Integrationsfaktor für die Europäische Gemeinschaft prüfte der Europäische Rat die verschiedenen zur Zeit in der Welt angewandten Agrarpolitiken. Er stellte fest, dass diese Politiken weiterhin durch Widersprüche behindert sind, wie durch das Nebeneinanderbestehen einer starken unbefriedigten Nachfrage in bestimmten Entwicklungsländern und enormer Ueberschüsse in den entwickelten Ländern, sowie durch das beschleunigte Tempo der technologischen Innovationen, die eine Steigerung der Produktivität bewirken, während gleichzeitig die Einkommen der kleinen Landwirte in bestimmten ländlichen Gegenden nach wie vor unbefriedigend sind.

Der Europäische Rat vertrat die Ansicht, dass die Europäische Gemeinschaft die Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik an die neuen Bedingungen fortsetzen muss. Unter Wahrung der Ziele und Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik und unter Berücksichtigung der Ausfuhrinteressen der Gemeinschaft muss man die Gesamtproduktion besser in den Griff bekommen, damit diese Produktion besser der Marktlage angepasst wird und folglich der Anteil der Landwirtschaft an den öffentlichen Ausgaben gesenkt werden kann.

Die Erhaltung der Umwelt und der Landschaft müsste integrierender Bestandteil einer flexibleren, marktgerechteren und dynamischeren Agrarpolitik sein. Die Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik muss auch die Besonderheit des europäischen Agrarmodells sowie die Notwendigkeit der Wahrung des sozialen Gefüges in den ländlichen Gebieten berücksichtigen.

Internationale Konzertierung

Der Europäische Rat betonte, dass sich die Anpassungsprobleme keineswegs auf die Gemeinschaft beschränken, sondern sich für die wichtigsten Partnerländer in der OECD und vor allem die Vereinigten Staaten ebenso stellen. Deshalb tritt er für eine internationale Konzertierung sowohl auf multilateraler als auch bilateraler Ebene ein, um die Anpassungsprozesse und die Herbeiführung eines neuen Gleichgewichts zu erleichtern.

Die Lage nach der Katastrophe von Tschernobyl

Aufgrund der ernsten Besorgnis über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Kernenergie in mehreren Ländern als Energiequelle immer grössere Bedeutung gewinnt, hat der Europäische Rat die seit der Katastrophe von Tschernobyl durchgeführten Arbeiten geprüft und beschlossen, dass Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Koordinierung auf internationaler wie auch auf gemeinschaftlicher Ebene zu verbessern.

Kurzfristige Konsequenzen

Was die kurzfristigen Konsequenzen der Katastrophe anbelangt, so hielt es der Europäische Rat für wichtig, dass im Rahmen des Kapitels III des Euratom-Vertrags auf wissenschaftlicher Grundlage umgehend allgemeine Toleranzen für die Kontamination festgelegt werden, und zwar in der Weise, dass die Gesundheit der Bevölkerung und die Einheit des Binnenmarktes der Gemeinschaft gewahrt werden.

Mittel- und langfristige Konsequenzen

Hinsichtlich der mittel- und langfristigen Aspekte vertrat der Europäische Rat die Auffassung, dass vor allem im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation gehandelt werden müsste, wobei insbesondere der Störfall von Tschernobyl zu analysieren wäre und die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten einen aktiven Beitrag zum Entscheidungsprozess in diesem Gremium leisten müssten. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten müssen sich insbesondere für die rasche Ausarbeitung internationaler Uebereinkommen einsetzen, die den unerlässlichen Informationsaustausch garantieren, die gegenseitige Unterstützung bei Störfällen regeln und die internationale Verantwortlichkeit der Staaten zum Tragen kommen lassen. Ausserdem müssen sie einen wichtigen Beitrag zu den Arbeiten für die

.../...

Internationale Konferenz über Reaktorsicherheit im September leisten, deren Bedeutung vom Europäischen Rat hervorgehoben wird.

Der Europäische Rat vertrat ferner die Auffassung, dass eine ergänzende Aktion im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft möglich und wünschenswert ist. Die Gemeinschaftsorgane und die Mitgliedstaaten sollen jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich und unter Beachtung des Euratom-Vertrags ihr Vorgehen so aufeinander abstimmen, dass eine grösstmögliche Wirkung erzielt wird.

Dies gilt insbesondere für

- den Schutz der Gesundheit und der Umwelt
- die Sicherheit der Kernkraftanlagen und ihrer Nutzung
- die Verfahren für Krisenfälle
- die Forschung einschliesslich JET.

Der Europäische Rat hat in diesem Zusammenhang für die Mitteilung der EG-Kommission vom 6. Juni 1986 grosses Interesse gezeigt und den Rat gebeten, das darin enthaltene Arbeitsprogramm mit Vorrang zu prüfen.

Drogen

Der Europäische Rat hat seine ernste Besorgnis über das gravierende Problem des Drogenmissbrauchs zum Ausdruck gebracht. Er hat darauf hingewiesen, dass es für einige Aspekte dieses Problems eine wirksame internationale Zusammenarbeit - insbesondere im Rahmen der "Pompidou-Gruppe" des Europarates und der zuständigen UNO-Organisationen - gibt, dass aber bei anderen Aspekten die internationale Abstimmung verbessert und intensiviert werden muss, und zwar vor allem hinsichtlich der Rauschmittelproduktion sowie des Handels mit und der Nachfrage nach diesen Stoffen.

Nach Ansicht des Europäischen Rates wäre es zweckmässig, eine Ad-hoc-Konzertierung zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission durchzuführen, um zu prüfen, welche Initiativen auf diesem Gebiet ergriffen werden könnten, ohne dass es dabei zu Ueberschneidungen mit der Arbeit anderer Gremien kommt. Der Europäische Rat hat die Absicht des Vorsitzes gebilligt, die Innenminister zu beauftragen, diese Frage im Herbst zu prüfen. Ausserdem müsste geprüft werden, welcher Beitrag zu der Konferenz geleistet werden könnte, die im ersten Halbjahr 1987 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden wird. Der Europäische Rat hat beschlossen, diese gravierende Frage auf seiner nächsten Tagung weiterzuprüfen.

LATEINAMERIKA

Der Europäische Rat hat sich mit dem Stand der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika, insbesondere nach der Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, befasst.

Er hat bekräftigt, dass er entschlossen ist, diese Beziehungen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht zu verstärken und auszubauen.

Der Europäische Rat hat mithin die Kommission ersucht, ein Dokument vorzulegen, das den in der Erklärung im Anhang zum Beitrittsvertrag genannten Zielen Rechnung trägt. Er hat ausserdem die Minister für auswärtige Angelegenheiten beauftragt, die Entwicklung dieses Dossiers genau zu verfolgen und erforderlichenfalls dem Europäischen Rat Bericht zu erstatten.
